



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 256-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.396

Eingereicht am: 30.11.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Zuber (Moutier, PSA) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Rechtfertigt der Kantonswechsel Moutiers eine sicherheitstechnische Herabstufung der umliegenden Gemeinden?

In einem E-Mail vom 5. November 2021, das an mehrere Gemeinden der Region Moutier versendet wurde, informierte die Regierungsstatthalterin des Berner Juras, eine Arbeitsgruppe habe im Auftrag der Gebäudeversicherung Bern (GVB) eine Neuorganisation der kantonalen Aufgaben in den Bereichen Strassenrettung (Personenrettung bei Unfällen A und B), Ölwehr und Rettung mit Luftfahrzeugen festgelegt.

In diesem E-Mail, das vier Tage nach dem Versand den Medien zugespielt wurde, erfährt man, dass im Zusammenhang mit dem Wechsel der Stadt Moutier zum Kanton Jura diese kantonalen Aufgaben, die derzeit dem Sonderstützpunkt Moutier (CRISM) zugewiesen sind, anderen Feuerwehren übertragen werden müssen. So sollen die Strassenrettung (Personenrettung bei Unfällen A und B) und die Rettung mit Luftfahrzeugen von den Feuerwehren Tramelan, die Ölwehren von den Feuerwehren Erguël und die Ölwehren auf der A16 von den Feuerwehren Biel übernommen werden.

Weder der Gemeinderat von Moutier noch der Stab des Sonderstützpunkts Moutier (CRISM) haben das besagte E-Mail erhalten und konnten infolgedessen nicht transparent über diese mögliche Neuorganisation informiert werden, obwohl sie die Hauptbetroffenen sind. Übrigens wurde der Kommandant des CRISM erst am Vorabend des E-Mail-Versands informell über das Reorganisationsvorhaben in Kenntnis gesetzt.

Etwas weniger als ein Jahr nach dieser Information an die Gemeinden, am 11. Oktober 2022, hat die Regierungsstatthalterin des Berner Juras mehrere Gemeinden der Region zur selben Sache angeschrieben. Diesmal wurde unter Verwendung des Konjunktivs angegeben, dass die dem CRISM zugeteilten Aufgaben *anderen Feuerwehren zugeteilt werden sollten*. Man erfährt

in dem Schreiben, dass die *betroffenen Feuerwehren* von Tramelan, Erguël und Biel sich einverstanden erklärt haben, die erwähnten kantonalen Aufgaben zu übernehmen. Und vor allem erfährt man, dass *die Übertragung der kantonalen Aufgaben per 1. Januar 2025 in Betracht gezogen werden kann*. Es sei daran erinnert, dass die Dreiparteienkonferenz am 25. August 2022 als frühestes Datum für den Kantonswechsel den 1. Januar 2026 festgelegt hat.

Dieses zweite E-Mail, das sich ausdrücklich auf das oben erwähnte erste Schreiben bezieht, wurde diesmal an die Stadtkanzlei von Moutier und an das CRISM geschickt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren weder die Stadt Moutier noch das CRISM im Zusammenhang mit den von der GVB bzw. vom Regierungsrat geäusserten Absichten offiziell konsultiert oder informiert worden. Ausserdem ist allgemein bekannt, dass die GVB nicht gewillt ist, auf eine gemeinsame Lösung mit dem Kanton Jura einzutreten, obwohl letzterer sich der Aufrechterhaltung eines Rettungspunkts in Moutier gegenüber offen gezeigt hatte, unter der einzigen Bedingung, dass dieser auch für die umliegenden Gemeinden zuständig sei.

Auch wenn die von der GVB vorgeschlagene «kantonsinterne» Reorganisation die rechtlichen Grundlagen respektiert, sollte sie trotzdem mit der nötigen intellektuellen Strenge geprüft werden. Besonders ein Beispiel wird in der Bevölkerung immer wieder genannt: Bei einem schweren Verkehrsunfall im Grand Val, der den Einsatz des Sonderstützpunkts erfordert, müsste die Feuerwehr aus dem 30 km entfernten Tramelan zur Unterstützung ihrer Kollegen in die Gemeinden des Grand Val (sogenannte Cornet-Gemeinden) ausrücken. Das heisst faktisch, dass im besten Fall mit einer dreimal so langen Interventionszeit zu rechnen ist, obwohl bei einem Notfall jede Minute zählt.

Die Bevölkerung des Grand Val scheint sich übrigens der Situation bewusst zu sein. Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern äusserte vor Kurzem in einem Schreiben an alle Haushalte Zweifel an der Notwendigkeit, Kompetenzen (die des CRISM) zu hinterfragen, anstatt sich auf interkantonale Rechtsgrundlagen zu einigen, um zu erhalten, was zurzeit in Moutier und Umgebung bestens funktioniert.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, dass Moutier und die umliegenden Gemeinden sowie das CRISM von den Sicherheitsüberlegungen der von der GVB beauftragten Arbeitsgruppe ausgeschlossen wurden. Dies wirft mehrere Fragen auf.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wer gehörte zur von der GVB beauftragten Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Neuverteilung der kantonalen Aufgaben befasste?
2. Hatten diese Personen die nötige ideologische Distanz, um in diesem Dossier zu handeln, angesichts des emotional belasteten Kontexts, der damals – und auch heute noch – nach Moutiers souveräner Entscheidung, sich dem Kanton Jura anzuschliessen, herrschte?
3. Warum gab es nie eine offizielle Kommunikation über die Absichten der GVB bzw. des Kantons?
4. Warum wurden die direkt von dieser sicherheitstechnischen Herabstufung betroffenen Gemeinden, insbesondere die umliegenden Gemeinden Moutiers, nicht offiziell konsultiert?
5. Wurde der Kanton Jura via seine kantonale Gebäudeversicherung (ECA Jura) im Rahmen dieser Neuorganisation konsultiert?

6. Erachtet der Regierungsrat diese Neuorganisation als eine sicherheitspolitische Herabstufung der umliegenden Gemeinden Moutiers, insbesondere in Bezug auf die beachtliche Erhöhung der Interventionszeiten bei schweren Verkehrsunfällen, um nur dieses Beispiel zu nennen?
7. Kann der Regierungsrat in Anbetracht dieser Neuorganisation Auskunft über die Zukunft der Strassenrettung bei Unfällen auf der Autobahn erteilen?
8. Kann der Regierungsrat in Bezug auf die Gemeinde Schelten Auskunft über die Rettungsorganisation – auch unter dem Gesichtspunkt der kantonalen Aufgaben – erteilen?
9. Erwägt der Regierungsrat, die von der GVB geplante Neuorganisation zu hinterfragen und auf eine interkantonale Rettungsstrategie einzutreten?
10. Die Einführung dieser Neuorganisation könnte per 1. Januar 2025 erfolgen, also ein Jahr, bevor die Stadt Moutier zum Kanton Jura wechselt. Wie will der Regierungsrat aus Sicht der Rettungsorganisation die Sicherheit der Bevölkerung von Moutier vor dem Kantonswechsel gewährleisten?
11. Am Ende von Punkt 11 der Roadmap vom 22. September 2021 im Hinblick auf den Wechsel der Gemeinde Moutier zum Kanton Jura steht, dass bis zum Wechsel der Stadt die beiden Kantonsverwaltungen Moutier wie jede andere Gemeinde des Kantons Bern behandeln, [...] namentlich in Bezug auf [...] die Sicherheit. Kann uns der Kanton Bern einen Grund angeben, warum er diese Neuorganisation der Rettungskräfte gegebenenfalls bereits ein Jahr vor dem Kantonswechsel umsetzen sollte?

Verteiler

– Grosser Rat